

BLICKPUNKT PLENUM

02. – 04. Februar 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Kein Stellenabbau bei Polizei und Justiz!

Innere Sicherheit kann nur mit einer ausreichend ausgestatteten Polizei und Justiz gewährleistet werden. Dies stellte die SPD-Landtagsfraktion im Plenum des Hessischen Landtags klar. Um Straftaten schon im Ansatz zu verhindern und aufzuklären, ist eine gut ausgestattete und handlungsfähige Polizei und Justiz unabdingbar. In Hessen jedoch haben Polizei und Justiz mit Stellenabbau und sehr schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Die hessische Polizei war schon vor der Flüchtlingssituation und der erhöhten Bedrohungslage durch islamistischen Terror aufgrund des wachsenden Aufgabenbereichs, der beispielsweise die Bekämpfung der Cyberkriminalität und Einsätze bei Großereignissen umfasst, hoch belastet. Die Landesregierung kompensiert diesen Aufgabenzuwachs jedoch nicht mit ausreichenden neuen Stellen.

Bis 2009 wurden 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut. In dieser Legislaturperiode werden weitere 147,5 Stellen im Tarifbereich gestrichen. Eine Statistik zur Polizeidichte in Deutschland belegt, dass Hessen mit 226 Polizeivollzugsbeamten auf 100.000 Einwohner einen der letzten Plätze einnimmt. Die schlechte Personalsituation spiegelt sich auch in den 3,5 Millionen Überstunden wider. Zudem verstärken die fehlende Besoldungsanpassung, ein Krankenstand von 28 Tagen und die hohe Wochenarbeitszeit von 42 Stunden den Unmut bei der Polizei.

Wir sind froh, dass diese schlechten Rahmenbedingungen nicht die Einsatzbereitschaft der Polizei schmälert. Dies sieht man an der hohen Aufklärungsquote von 59,9 Prozent, die sich jedoch sicherlich nicht die Landesregierung auf ihre Fahnen schreiben kann. Die SPD wird sich weiter für eine Personalaufstockung und gute Rahmenbedingungen bei der hessischen Polizei einsetzen.

Rechtsextremismus bekämpfen!

Von großer Bedeutung ist für die SPD-Landtagsfraktion die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Rassismus und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Die SPD fordert die Hessische Landesregierung auf, eine umfassende Prävention weiter voranzutreiben. In den kommenden Haushaltsjahren müssen hierfür Mittel ausreichend zur Verfügung stehen, denn Prävention ist eine Daueraufgabe..

Die Sozialdemokraten vermissten in der Regierungserklärung des Hessischen Innenministers ein klares Wort zur AfD und dem geforderten Schusswaffeneinsatz von Frau Petry. Eine klare Position der Politik gehört auch zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die verbalen Entgleisungen der AfD schaffen ein Klima, das Gewalt begünstigt. Wenn Frau Petry und auch Frau von Storch von einem Schusswaffengebrauch an der Grenze gegenüber Flüchtlingen schwadronieren, ist das nicht nur grob rechtswidrig, sondern vor allem zutiefst menschenverachtend.

Weg mit den Kitagebühren!

Die SPD-Landtagsfraktion will die Familien in Hessen bei den Angeboten der frühen Bildung schrittweise entlasten und schlägt dafür einen Stufenplan vor.

Die kommunalfeindlichen Kürzungen der CDU-geführten Landesregierungen hätten in den vergangenen Jahren viele Kommunen gezwungen, bestehende Gebühren immer weiter anzuheben. Eine hessische Familie mit zwei kleinen Kindern muss mancherorts vierstellige Beträge für die Kinderbetreuung aufwenden. Hessen soll insgesamt familienfreundlicher werden. Die hessischen Familien sollen zu den Gewinnern des neuen Länderfinanzausgleich werden. Einen ersten Schritt dazu plant die SPD bereits 2017.

Der Zugang zu Bildung solle grundsätzlich kostenfrei sein. Die SPD-Initiative zielt auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Analog zu den derzeitigen Regelungen für das letzte Kindergartenjahr strebt die SPD bereits mit dem kommenden Haushaltsjahr an, die Eltern von Gebühren für den Halbtagsplatz im zweiten Kindergartenjahr zu entlasten. Die komplette Entlastung der Eltern von Gebühren solle dann sukzessive erfolgen.

Dies ist auch ein Beitrag zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, weil Frauen ihre Möglichkeiten zum Wiedereinstieg beziehungsweise Verbleib im Beruf verbessern können. Ministerpräsident Bouffier hat vor der letzten Landtagswahl 2013 versprochen, eine Entlastung beim Länderfinanzausgleich zu nutzen, um Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten einzuführen bzw. auszuweiten. Wenn Spielräume durch den neuen Länderfinanzausgleich da sind, müssen sie genutzt werden - wie versprochen.

Kommunen werden vernachlässigt

Die Landesregierung vernachlässigt in kaum zu überbietender Weise ihre Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen, stellte die SPD-Landtagsfraktion fest. In der Geschichte Hessens ist keine Landesregierung so unfair mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen umgegangen, wie in den vergangenen Jahren.

Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen im Ländervergleich die drittniedrigsten Defizite. Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen stiegen explosionsartig die Defizite, vom drittbesten Platz fiel Hessen auf den drittschlechtesten Platz zurück. Durch eine bevormundende und gängelnde Kommunalaufsicht werden die Kommunen gezwungen, die Grundsteuern zu erhöhen, höhere Kitagebühren und höhere Eintrittspreise für Bäder und Theater zu verlangen und Gebührenerhöhungen für Museen, Bibliotheken und Musikschulen zu beschließen. Es ist besonders dreist, auf Bundesebene eine gerechte Steuererhebung zu blockieren, aber auf hessischer Ebene die Kommunen zu zwingen, die Grundsteuern zu erhöhen, die vor allem die Mieter trifft.

So wurden die Investitionen massiv gekürzt und wichtige kommunale Leistungen gestrichen. Die kommunalen Steuern und Gebühren sind in Hessen von 2010 auf 2014 um 370 Millionen Euro gestiegen und gleichzeitig die Investitionen um 750 Millionen Euro jährlich gekürzt worden. CDU und Grüne werden erst zur Besinnung und zur Umkehr ihrer Politik gegenüber den Kommunen kommen, wenn sie bei der Kommunalwahl die Quittung in Form von schlechten Ergebnissen bekommen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben am 6.März die Gelegenheit zu zeigen, was sie von Parteien halten, denen kommunale Interessen schlicht egal sind.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde